

## EZB – Europäische Zentralbank      Währungen

Es geht um die Bedeutung der Geldwertstabilität für jeden einzelnen Bürger. Aber es wird dabei noch etwas anderes deutlich. Alle Entscheidungen, ob in der Politik oder in anderen Sachgebieten, führen nicht nur zu den angestrebten Ergebnissen, es gibt mindestens zwei Seiten, sehr häufig mehrere Seiten. Immer wieder werden wir mit Entscheidungsergebnissen konfrontiert, die neben den angestrebten auch zu unbeabsichtigten, oft auch negativen Ergebnissen führen. Ich behaupte, das ist die Ursache für die häufigsten von der Politik verursachten Probleme. Guter Wille allein reicht nicht!

Der Auftrag der europäischen Zentralbank –EZB- lautet, basierend auf dem Vertrag von Maastricht, die Geldwertstabilität zu sichern und dazu die jährliche Inflationsrate in engen Grenzen zu halten. Die EZB lenkt durch die Anpassung des Leitzinssatzes an die jeweilige Marktsituation. Die EZB ist autonom, sie unterliegt keinen politischen oder anderen Weisungen. Diese Gestaltung war die von Deutschland verlangte Voraussetzung zur Aufgabe der DM.

Zwischen Franzosen, möglicherweise auch nur den französischen Regierungen, und den Deutschen besteht keine philosophische Übereinstimmung bezüglich der Bedeutung der Stabilität einer Währung für das Wohl der Bevölkerung. Der Verlust der politischen Gestaltungsmöglichkeit an der Währungsfront wird bei unseren Nachbarn als Handicap empfunden und man sucht in Verbindung mit Ähnlichgesinnten, nach politischen Mitteln und Wegen, um auf die EZB Einfluß nehmen zu können. Der französische Staatspräsident sagte im April 2007, er hoffe, dass sich ein Gleichgewicht zwischen der Inflationsbekämpfung und wachstumsorientierter Politik finden lasse. Unser heutiger Bundespräsident Horst Köhler sagte bereits im Januar 1997, damals als Präsident des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, „Ein Euro, der als handelspolitisches Instrument eingesetzt würde, könnte sich als Unheil für Europa und die Weltwirtschaft entwickeln“.

Wie kann eine Währung instrumentalisiert werden und was sind die Folgen?

Die Anhebung der Leitzinsen durch die EZB führt zu einer Wertsteigerung des Euro, das Senken der Leitzinsen vermindert den Wert einer Währung. Der Wechselkurs steigt oder fällt. Wenn das Umtauschverhältnis, der Wechselkurs, so beeinflusst wird, daß der tatsächliche Wert der eigenen Währung unterschritten wird, führt das zu größeren Chancen beim Export, denn so werden für alle Importeure aus fremden Währungsgebieten die gekauften Waren und Leistungen billiger. Das ist gut für die Verbraucher in diesen Ländern. Gleichzeitig werden aber dadurch die Importe in den Euro-Raum verteuert, was die Bürger im Bereich der manipulierten Währung belastet.

Folgendes zur Geschichte französischer Finanzpolitik:

Die französische Wirtschaft war über Jahrzehnte, zu Zeiten des Franc, auf Grund ihrer relativen Schwäche, auf die sich in unregelmäßigen Abständen wiederholende abwertende Wechselkursänderung angewiesen. Ursache war, daß alle französischen Regierungen, egal welcher Couleur, versucht haben, „ihre“ Wirtschaft zu beschützen. Die ganz natürliche Folge ist, daß unter diesem Schutzmantel die französische Wirtschaft in weiten Bereichen keine ausreichende Weltmarktfähigkeit erworben hat. Dies ist ein Problem, das wir aus allen Politik- und Lebensbereichen kennen, unabhängig von der Nation. Ein kleines Kind, z.B. das bei Frühlingswetter noch Schal und Mütze tragen muß, hat häufiger Schnupfen als andere. Mittelrand hatte die sich immer wiederholenden Abwertungen des Franc als diskriminierend empfunden. Im ist es gelungen, den FF zu stabilisieren. Diese Umstellung führte zwangsläufig zu Verwerfungen in der Wirtschaft, die in Teilbereichen noch heute zu spüren sind.

Es ist richtig, daß eine Abwertung, des FF damals die Exportfähigkeit begünstigte, aber eine Abwertung verbilligt nicht nur den Export, sie verteuert auch den Import, immer. Still und klammheimlich, von ihm unbemerkt, wurde so dem französischen Bürger das Geld für die

Subventionierung des Exports aus der Tasche gezogen. Oberflächlich betrachtet läßt der Wertverfall einer Währung die Regierung gut aussehen, denn die so erreichten Absatzsteigerungen im Export und die dadurch entstehenden neuen Arbeitsplätze werden von der Öffentlichkeit deutlicher wahrgenommen, als der Währungsverfall. Aber es ist eine Scheinblüte, denn es bleibt nie bei einer Abwertung. Es ist immer ein fortschreitender Prozess. Soweit Importe aus Konsumgütern bestehen, schlägt der Wertverfall der eigenen Währung unverzüglich auf die Preise durch. Soweit Importe aus Rohstoffen, Halbzeugen, Dienstleistungen usw. bestehen, gilt zum Teil das Gleiche und zum anderen Teil werden die zukünftigen Exporte verteuert, und das Spiel beginnt von neuem, es kommt die nächste Abwertung. Bezahlt haben das die französischen Bürger mit dem Kaufkraftverlust ihrer Ersparnisse und ihres Einkommens.

Dieses Spiel heißt in Frankreich pouvoir politique und wurde von französischen Regierungen gespielt, egal welcher Partei. Es führt zu permanentem Transfer von französischem staatlichem und privatem Vermögen an ausländische Nutznießer dieser Politik. Folge war, die französische Bevölkerung finanzierte die wirtschafts- und ordnungspolitischen Fehler ihrer Regierung, das Fehlen verlässlicher Rahmenbedingungen für die sehr unterschiedlichen Produktions- und Leistungsbereiche der gesamten Volkswirtschaft.

Ein Beispiel:

Ca 1962 kosteten 1000 FF ca 820 DM. Wenn damals ein französischer Bürger 100 000.- FF und ein deutscher Bürger 82 000.- DM beiseite gelegt hätten, um es noch vor dem Umtausch in Euro in der jeweils anderen Währung zu verbrauchen, so hätte beim Währungstausch der Franzose anstatt DM 82 000.- nur ca DM 30 000.- erhalten und der Deutsche nicht nur 100 000 FF, sondern ca 273 000 FF. Wenn sie nicht tauschen, ändert das nichts am Verlust des französischen Bürgers, denn die Proportion der Wertveränderung, entspricht dem Verlust an Kaufkraft. In einem Land, dessen Währung fortdauernd an Wert verliert, wird es sinnlos Zukunftsvorsorge zu treffen. Einige Beispiele sind u.A.:

- Ausbildungsversicherung der Kinder
- Bausparverträge
- Lebensversicherungen
- Rücklagen fürs Alter

Denn bis die angesparten Beträge gebraucht oder fällig werden, haben sie soviel an Kaufkraft verloren, daß sie dem Zweck nicht mehr dienen können. Die Differenz ist das unfreiwillige Geschenk an die Bürger in anderen Währungsgebieten. Dieses Desaster ist ausschließlich Folge von Politik. Offenbar will Frankreich dieses System reinstallieren, und zwar für den gesamten Euroraum.

Die Unabhängigkeit der EZB von der Politik ist elementare Voraussetzung zur Wahrung und Mehrung von Wohlstand in Europa. Wie wichtig eine stabile Währung ist, wurde in den siebziger Jahren durch den Altbundeskanzler Schmidt unfreiwillig deutlich gemacht, als er sagte, ihm seien 5% Inflation lieber als 5% Arbeitslose. Wenig später hatten wir beides.

Die spätere Äußerung Schröders, meiner Erinnerung nach, Ende 1998, die Bundesbank müsse nicht nur für die Geldwertstabilität sondern auch für das Wirtschaftswachstum Verantwortung tragen, und die vorausgegangenen noch schärferen Formulierungen von Lafontaine und seinen Staatssekretären Flassbeck und Noé sind weiter nichts als eine Dokumentation der Unfähigkeit die Komplexität volkswirtschaftlicher Zusammenhänge zu verstehen. Die Bundesbank braucht sich nicht zu Entscheiden entweder für die Stabilität der Währung oder für Wirtschaftswachstum.

Denn die Stabilität der Währung ist elementare Voraussetzung für langfristiges Wirtschaftswachstum.

Ziel der damaligen Regierung war es, über niedrigere Zinsen den Außenwert des Euro zu schwächen, um damit die Exportchancen zu verbessern, was neue Arbeitsplätze schaffen sollte. Bezahlt wird solch unqualifizierte kontraproduktive Politik von allen Bürgern durch den inflationären Wertverfall ihrer Sparguthaben und über die zwangsläufig damit verbundenen Preissteigerungen bei fast allen Gütern und Leistungen.

Die gemeinsame Währung bringt trotz aller Querelen Vorteile. Sie ist eine Voraussetzung für die Mehrung des Wohlstands in Europa. Wenn aber ihre Stabilität nicht ausreichend gesichert bleibt, verkommt sie zur Übertünchung der politischen Fehler, und führt zur schleichenden relativen Verarmung der Bürger im gesamten Euro-Raum.

In der Zeit vor Einführung des Euro wirkten die Währungen der einzelnen Nationen wie Fieberthermometer, auf dem die jeweiligen Folgen jedes wirtschafts- und finanzpolitischen Fehlers ablesbar waren. Jeder falsche politische Schritt im Finanz- und Wirtschaftsbereich führte über kurz oder lang zur Abwertung der eigenen Währung. Die Zusammenführung unter dem Dach des Euro wirkte einerseits wie die Abschaffung aller Fieberthermometer und andererseits wie die Einrichtung einer gemeinsamen Fiebermessung, die nicht mehr das Fieber des Einzelnen sondern das Fieber des Kollektivs maß. Gefährlich ist, wenn einzelne Nationen davon ausgehen, unter der gemeinsamen Decke brauche sich niemand vor der Krankheit der Währung zu schützen, weil es nichts nützt, denn wer sich gerade erholt hat, wird sofort wieder angesteckt. Da bei Einheitsfiebermessung eine individuelle Therapie nicht möglich ist, eine Einheitstherapie aber abgelehnt wird, würde die Gruppe nie wieder gesund, auch kein Einzelner. Um dies zu vermeiden, sind die einzelnen Mitglieder der Währungsunion gezwungen, sich zur Sicherung der Gesundheit des Euro konform zu verhalten. Dazu wurde der Vertrag von Maastricht geschlossen und die EZB installiert.

Interventionismus durch die Politik ist in einigen Nationen über alle Parteigrenzen hinweg quasi selbstverständlich, nicht nur hinsichtlich der Währungspolitik, sondern auch hinsichtlich der gesamten Volkswirtschaft. Wenn eine Volkswirtschaft ständig von Staatswegen vor externem Wettbewerb geschützt wird, degeneriert sie. Das ist Ursache für die relative Schwäche eines Teils dieser Volkswirtschaften. Keine dieser Regierungen hat bis heute erkannt und akzeptiert, daß die jeweilige Situation Folge der eigenen Fehler war und ist. So betrachtet, zählten z.B. die Franzosen und die Italiener zu den benachteiligten EU-Mitgliedern, wenn ihre Wirtschaft nicht durch den „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ vor dieser Absurdität geschützt wäre. Diese Sicherung gilt es zu verteidigen.

In Italien war der Währungsverfall noch größer als in Frankreich. Ca. 1957 kosteten 1000 Lire 5.60 DM. Zum Zeitpunkt der Einführung des Euro kosteten 1000 Lire 1.00 DM. In den siebziger Jahren waren deutsche Importeure italienischer Produkte dazu übergegangen die Zahlungsziele bis zum letzten Tag auszuschöpfen, um dann mit einem Dreimonatswechsel zu zahlen. In den so entstandenen 150 Tagen zwischen Lieferung und Zahlung entstand durch den Währungsverfall der Lira für sie ein erheblicher Zusatzgewinn. Bezahlt wurde das von der italienischen Bevölkerung durch die fortschreitende Inflation.

Eine weitere Gefahr für unsere Währung geht vom Verschuldungsgrad der Länder aus. Um einer zunehmenden Verschuldung einzelner Mitglieder des Euroraums vorzubeugen, wurde zwischen den Euro-Nationen der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ geschlossen. Den Euro kann nur als Landeswährung übernehmen, wer dem Pakt beigetreten ist. Unter anderem soll der Vertrag die Neuverschuldung der Staatshaushalte auf maximal 3% begrenzen und er begrenzt auch die Summe der jeweiligen Gesamtschulden auf eine bestimmte Proportion zum Bruttosozialprodukt des jeweiligen Euro-Landes. Über die Einhaltung des Vertrags wacht die europäische Kommission. Eine ganze Reihe von Nationen hat bereits gegen diese Vertragspunkte verstoßen. Besonders die deutsche Regierung unter Schröder hat sich hier unrühmlich hervorgetan. Sie hat sogar zusammen mit Jean-Claude Juncker, dem luxemburgischen Regierungschef, eine Aufweichung, eine sogenannte „Flexibilisierung“, seiner Auslegung erreicht. Damit wurden der EU die Sanktionsmöglichkeiten erheblich erschwert.

Der Kurs des japanischen Yen ist in den letzten Jahren relativ zu Euro und Dollar erheblich gefallen. Ursache ist der von der japanischen Zentralbank erst auf 0% und jetzt auf 0,5% festgesetzte Leitzins. Infolgedessen boomt zeitgleich die japanische Exportwirtschaft. Japanische Haushalte und Unternehmen kaufen mit nicht benötigtem Kapital, und auch mit dem bei niedrigem japanischen Zinssatz aufgenommenen Kredit, Wertpapiere in Währungen mit deutlich höheren Zinsen und erwirtschaften so den Ausgleich für den Wertverlust der eigenen Währung. Ärmere Familien, die weder über Kapital verfügen, und auch keinen Kredit erhalten, sind dem Kaufkraftverlust ihrer Währung schutzlos ausgeliefert.

Der Kurs des chinesischen Yuan wird von der chinesischen Zentralbank, bestimmt von der Regierung, künstlich niedrig gehalten. Die Folge dieses Währungsdumping ist, Importeure aus anderen Ländern kaufen dort Waren zu Preisen unter ihrem tatsächlichen Wert. Z.B. wir Bürger im Euroraum, haben Vorteile, wie wir in unseren Kaufhäusern täglich sehen können, z.B. Schuhe zu Preisen unterhalb der deutschen Kosten für eine Arbeitsstunde. Eine weitere Seite dieses komplexen Problems ist, daß die chinesischen Fabrikanten nicht den angemessenen Gegenwert für ihre Produkte erhalten, und somit auch ihren Mitarbeitern keinen angemessenen Lohn zahlen können. Auf diese Weise wird die chinesische Bevölkerung arm gehalten und beim Staat sammeln sich Devisenreserven an, die mittlerweile auf 1 200 Milliarden Dollar angewachsen sind. Jetzt nutzte die chinesische Regierung ihre Devisenreserve um sich in die amerikanische Beteiligungsgesellschaft Blackstone einzukaufen, sie kaufte in Brasilien langfristig die Kupferproduktion und auch Bodenschätze in Afrika. Zuletzt hat China mit 350 000 000 000 Dollar (= 350 Milliarden) einen Staatsfond eingerichtet um im Ausland Investieren zu können. Ziel ist das Einkufen in Hightech Unternehmen, um aus diesen Unternehmen technologisches Wissen nach China transferieren zu können. Bezahlt wird das alles von der noch überwiegen in Armut gehaltenen Bevölkerung Chinas.

Zusammenfassend sage ich:

Der Wert unserer Währung hängt an einem seidenen Faden! Aus einer eventuellen politischen Behinderung der EZB entstehende Inflation wirkt wie eine Exportförderungssteuer, die im Binnenmarkt erhoben und deren Ertrag an Verbraucher außerhalb des Euroraums ausgeschüttet wird. Aber nicht nur die Sünderationen sind betroffen, sondern alle Bürger im Euroraum zahlen den Preis für eine solche wirtschaftliche Scheinblüte. Wichtig ist, daß möglichst viele erkennen, daß es sich nur um eine primitive Rabattgewährung handelt, Rabatte auf Exporte, gewährt zur Verschleierung inkompetenter Wirtschaftspolitik, bezahlt von den Bürgern. Die Aufweichung des Maastrichtvertrags war der erste Schritt. Alle Bürger des Euroraums sind aufgerufen, um ihrer eigenen Zukunft willen, gegen weitere Schritte zu protestieren, sie zu verhindern.

Helfen kann auch ausführliche Information, plausible verständliche Darstellung der Problematik. Am Besten verknüpft mit Beispielen. Deshalb bitte ich alle Leser, geben Sie diese Informationen weiter.

Am 6.7.07 fragt die FAZ im Kommentar unter „Mutlos“ wie folgt:

Warum bezieht der Präsident der EZB, Jean-Claude Trichet, nicht klar Stellung gegen den Wunsch des französischen Staatspräsidenten Sarkozy, den Euro „in den Dienst der Wirtschaft“ zu stellen?

Ich frage, ist das der Anfang vom nächsten Schritt?

Den ganzen Kommentar und die begleitende ausführliche Information „Bank von England hebt Leitzins an“ ..... finden sie unter [www.faz.net](http://www.faz.net), > archiv.

Sollte ein Leser den Text auf angemessen qualifiziertem Niveau in die französische Sprache übersetzen können und gegebenenfalls französischen Zeitungen zuleiten können, würde das der Verbreitung der Botschaft dort dienen, wo sie am Nötigsten ist.